

1. Auf Frage von Herrn Limbach erklärt Bürgermeister Dr. Storch, dass eine konstruktive Beteiligung am Krankenhaus mit Einbringung der 1,5 Mio. Euro in das Gesellschaftskapital aus Gründen des Nothaushaltsrechtes nicht möglich ist. So bestände auch kein Anspruch auf Rückforderung.
2. Herr Limbach fragt weiter nach Landesmitteln in Höhe von ca. 4 Mio. Euro und will wissen, wann die Mittel abgerufen werden.

Herr Link erklärt, dass diese Mittel nicht gefährdet sind. Die ersten Mittel seien bereits abgerufen. Im übrigen werde sich der Mittelabruf über mehrere Jahre erstrecken. Die Umbaumaßnahmen würden während dem laufenden Betrieb erfolgen. Auf weitere Frage von Herrn Limbach erklärt Herr Link, dass mit den Maßnahmen bereits begonnen wurde. Maßgebend sei die Unterzeichnung des Architektenvertrages.

3. Herr Lorenz nennt beispielhaft die Geburtshilfe und möchte wissen, mit welchen Maßnahmen das Eitorfer Krankenhaus im operativen Geschäft wieder zu einem Haus der Spitzenklasse werde.

Herr Link relativiert die Formulierung „Haus der Spitzenklasse“ in Bezug auf Spektrum und Größe des Eitorfer Krankenhauses. Punkten könne man vor allem mit der Ausprägungen bestimmter Spezialisierungen. Überlegungen diesbezüglich seien im Gange. Ergänzend fügt er unter Bezugnahme auf die Äußerungen in der Diskussion hinzu, dass Patienten sehr wohl entscheiden würden, ob sie in ein Haus mit finanzieller Schiefelage gingen. Denn so kämen auch keine qualifizierten Ärzte in ein Haus. Gute Ärzte seien für die Patienten nun mal ein wichtiger Grund, ein Krankenhaus auszuwählen.

4. Frau Deitenbach spricht die Rolle von Herrn Jäckel in dieser Debatte an und fragt nach dem Zwiespalt in seiner Rolle als Mitglied der Gesellschafterversammlung und als Ratsmitglied. Außerdem möchte sie wissen, inwieweit eine Informationspflicht der entsandten Ratsmitglieder besteht.

Ohne dass dies abschließend juristisch geprüft worden sei, verweist der Bürgermeister auf die gesteigerte Verschwiegenheitspflicht der Gesellschafter.

Anmerkung:

*Weitere Antworten hierzu sind ggf. aus der Beantwortung der Grünen-Anfrage zu entnehmen.*

Frau Deitenbach fragt weiter nach der Realisierung des Projektes Psychiatrie. Im Gegensatz zu Negativschlagzeilen tauche hierüber in Veröffentlichungen – beispielsweise im Internet – kaum etwas oder gar nichts auf. Sie fragt, ob das Projekt und die Gesamtfinanzierung gesichert seien.

Herr Link bejaht diese Frage.

5. Herr Schmidt fragt den Bürgermeister, ob er nicht auch der Meinung sei, dass sich der Fraktionsvorsitzende der SPD nach dem heutigen Diskussionsverlauf für die Vorwürfe gegenüber dem früheren Bürgermeister Peter Patt zu entschuldigen habe.

Der Bürgermeister stellt klar, dass dies Herrn Tandler selber zu überlassen sei